



Interviews

Datum: 29. Mai 2024

Philipp May im Gespräch mit Saskia Esken

Philipp May: Am Telefon ist jetzt die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken. Guten Morgen, Frau Esken.

Saskia Esken: Guten Morgen, Herr May.

May: Die Lasten in die Zukunft zu Lasten der Jüngeren – was ist daran gerecht?

Esken: Es geht um Gerechtigkeit, es geht um Leistungsgerechtigkeit für die heutigen Rentnerinnen und Rentner, aber natürlich auch für die Jüngeren, die in Zukunft ja auch die Erwartung haben, dass sie für ihre Beiträge eine ordentliche Rente bekommen.

May: Aber wer soll denn glauben, dass das, was Sie jetzt beschließen, 2040 oder 2050, wenn dann die Jungen in Rente gehen, noch gilt? Allein Ihr Rentenpaket verursacht Mehrkosten von mehr als 500 Milliarden Euro bis 2045. Der Rentenbeitrag, den die Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen, wird kräftig steigen von 18,6 auf 22,3 Prozent.

Esken: Ja, das sind die heutigen Schätzungen. Wir hatten ja auch schon in den 90er und Nuller-Jahren Schätzungen, die dann zu einer Veränderung in der Rente geführt haben, die in diese Richtung gingen, und tatsächlich hat es sich nicht so entwickelt. Warum? – Weil wir auf dem Arbeitsmarkt für viel Beschäftigung gesorgt haben.

May: Aber das war damals eine völlig andere Situation. Das hatte mit der Arbeitslosigkeit damals zu tun. Jetzt geht es um das seit 50 Jahren oder noch länger bekannte Demographie-Problem. Das kann man nicht mit einer Agenda 2010 austricksen und auch nicht mit einem Boomen der Weltwirtschaft.

Esken: Ein wachsendes Renteneintrittsalter, das damals beschlossen wurde, hatte auch schon mit der Demographie zu tun, und man hat damit gerechnet, dass die Beschäftigung zurückgeht und dass dadurch die Rentenbeiträge steigen werden, und tatsächlich haben wir

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

es geschafft, die Beschäftigung sogar noch zu erhöhen und zu stärken, und wir haben schon auch den Plan, auch in Zukunft die Beschäftigung zu stärken, erstens durch eine stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen und zweitens auch durch Zuwanderung.

May: Aber wenn Sie die Reform, die Sie beschlossen haben – 2009 war es, glaube ich -, die Rente mit 67 ansprechen, ist das eine Reform, die Sie für einen großen Teil der Bevölkerung schnell wieder zurückgedreht haben mit der abschlagsfreien Rente nach 45 Berufsjahren. Mehr als jeder vierte Arbeitnehmer nimmt das in Anspruch, kostet jährlich 15 Milliarden Euro, Tendenz steigend, in diesen Zeiten.

Esken: Das ist in diesen Zeiten für diese Menschen auch genau richtig, denn die haben 45 Jahre lang in die Rentenversicherung einbezahlt. Die haben sehr lange gearbeitet und hart gearbeitet und die haben es auch verdient, dass sie abschlagsfrei in Rente gehen können. Viele von denen würden ohnehin in Rente gehen, weil sie nicht mehr arbeiten können, und müssten dann Abschläge hinnehmen. Das sind oft Menschen mit geringen Einkünften und deswegen ist das leistungsgerecht und vollkommen in Ordnung.

May: Laut Statistik der Deutschen Rentenversicherung sind die, die die Rente mit 64 in Anspruch nehmen, vor allem nicht die mit den kleinen Gehältern - die können sich das sowieso nicht leisten -, sondern es sind vor allem die gut ausgebildeten, gut verdienenden Facharbeiter, ganz überwiegend übrigens Männer.

Esken: Das Gute ist ja, dass man sich die vorgezogene Rente nicht leisten können muss, weil es keine Abschläge gibt, und deswegen halten wir die auch für gerecht und auch für leistungsgerecht und werden auch daran festhalten.

May: Aber das sind vor allen Dingen Menschen, die häufig ohne weiteres noch länger arbeiten könnten.

Esken: Nach 45 Beitragsjahren, nach 45 Arbeitsjahren sind das oft Menschen, die nicht weiter arbeiten könnten oder die nur eingeschränkt weiter arbeiten könnten.

May: Die Statistik sagt etwas anderes.

Esken: Das Ziel der vorgezogenen Rente ist jedenfalls, Menschen auch gerecht zu werden, die lange Jahre gearbeitet haben und deswegen auch einen Ruhestand verdient haben, und zwar ohne Abschläge.

May: Aber die Frage ist, können wir uns das leisten. Wir wissen alle, die Lebenserwartung steigt, sie steigt relativ deutlich, ist über lange Jahre gestiegen, und die Menschen haben jetzt viel länger etwas von ihrer Rente. Zahlen müssen das aber jetzt die Generationen, die gerade im Arbeitsmarkt sind, für die nächsten 10, für die nächsten 20, für die nächsten 30 Jahre.

Esken: Es ist ja nicht nur das Lebensalter gestiegen, sondern es ist auch das reale Renteneintrittsalter des Gesetzes gestiegen. Menschen gehen später in Rente, als das im Schnitt früher der Fall gewesen ist, und insofern bin ich zuversichtlich, dass wir die Rente auch stabil halten können. Es war jetzt wichtig, dass wir darauf hinwirken, dass die Rente nicht von der Lohnentwicklung abgekoppelt wird. Das ist auch der Plan der lang angelegten Rentenreform gewesen, denn die wäre gesunken auf unter 45 Prozent, und wir legen jetzt mit diesem Rentenpaket Wert darauf, dass wir nicht unter 48 Prozent geraten. Das ist ein Durchschnittswert, aber es geht um die Koppelung mit der Lohnentwicklung.

May: Die Frage ist, was macht Sie so zuversichtlich? Alle Prognosen zeigen, dass das allein den Bundeshaushalt massiv belasten wird. Man geht davon aus, viele Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts im Jahr 2050 für die Rente draufgehen werden, auch wegen der ausbleibenden Rentenreform. Nur um das jetzt mal plastisch darzustellen: Ein Euro geht dann in die Bahn und ein Euro für die Rente, ein Euro für die Bundeswehr, ein Euro für die Rente. Das sind keine rosigen Aussichten für Menschen, beispielsweise Jahrgang _75 oder vor allem jünger, die das dann ja wirklich zahlen müssen.

Esken: Die müssen das nicht nur bezahlen mit ihren Beiträgen, sondern sie erhalten dann auch für ihre Beiträge eine stabile und eine ordentliche Rente.

May: Wer sagt das?

Esken: Das ist ein Zukunftsvertrag, den wir gemeinsam schließen, das Solidarprinzip und der Generationenvertrag, der in der Rente drinsteckt, dass diejenigen, die heute Beiträge bezahlen, in Zukunft auch ein Anrecht auf so eine Rente haben. Dann haben wir übrigens den

demographischen Berg auch überwunden und dann kommt da eine Beitragszahler-Generation, die in etwa der entspricht, die dann auch in Zukunft in Rente geht. Aber grundsätzlich ist es wirklich wichtig, dass wir angesichts des Fachkräftemangels, der ja auch noch in der Zukunft weiter ansteigen wird, gerade durch die Boomer-Generation, dass wir den bezwingen und für stabile Beschäftigung oder für steigende Beschäftigung sorgen, um auch die sozialen Sicherungssysteme und insbesondere die Rente stabil zu halten.

May: Wenn Sie den Generationenvertrag, den Sie jetzt abschließen wollen, mit dem Rentenpaket zwei festschreiben, das ist ja nichts anderes, als dass Sie Haltelinien festschreiben. Sprich Sie sagen einfach, die Standardrente darf nicht weniger als 48 Prozent des durchschnittlichen Einkommens betragen. Aber das ist ja nicht mehr als ein ungedeckter Scheck für die Zukunft. Ich kann Ihnen mal vorlesen, was der Wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums dazu sagt. Der rät ausdrücklich davon ab, die Illusion von gesicherten Haltelinien aufrecht zu erhalten.

Meine Frage: Wenn Sie schon Haltelinien festschreiben, warum unterfüttern Sie das nicht mit einer ernsthaften Rentenreform, die die Lasten gleichmäßig auf alle Generationen verteilt, auch auf die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt in Rente gehen?

Esken: Ich kann Ihnen versichern, dass es eine sehr ernsthafte Rentenreform ist, dass wir uns sehr genau überlegt haben, was wir tun. Es geht wie gesagt zum einen um Leistungsgerechtigkeit für die heutigen Rentnerinnen und Rentner und auch für die künftigen Rentnerinnen und Rentner. Dazu gehören auch die Beitragszahler, auch die jüngeren heute. Dieser Vertrag, das ist kein neuer Vertrag, das ist ein sehr alter Vertrag. Auf dem fußt unsere Gesellschaft und die Sicherheit. Wenn ich heute arbeite und einzahle, dann habe ich morgen auch einen Anspruch auf eine stabile Rente. Das ist unser Anspruch als Politik und den werden wir auch einhalten.

May: Aber Sie können ihn ja absehbar nicht einhalten. Sie kennen auch die Prognosen. Sie wissen, was Robert Habeck sagt, und das sind auch keine Fantasiezahlen. Das Potenzial Wachstum Deutschlands – Sie haben gesagt, das ist Ihr Ziel, Ihre Methode, dass Sie Wachstum schaffen wollen – das liegt bei 0,7 Prozent in Deutschland.

Esken: Beschäftigungswachstum!

May: Mehr geht nicht, selbst wenn die Wirtschaft, wenn die Weltwirtschaft brummt, einfach aufgrund der Demographie. Da ist gar nicht mehr so viel zu holen.

Esken: Das sind Prognosen, die sind interessant und sie geben uns auch vor, dass wir politisch handeln müssen, und vor allem müssen wir politisch handeln für den Arbeitsmarkt. Davon hatte ich gesprochen. Solche Prognosen, die ein düsteres Bild der Rente gemalt haben, weswegen auch Norbert Blüm dann sagen musste, die Rente sei sicher, die hat es auch in der Vergangenheit gegeben und wir haben es ja geschafft, den Trend auf dem Arbeitsmarkt zu drehen und dafür zu sorgen, dass mehr Beschäftigung möglich ist, nicht nur in den Jahren der hohen Arbeitslosigkeit oder aus den Jahren der Arbeitslosigkeit heraus, sondern auch heute noch steigt die Beschäftigung weiter an, und das zeigt mir ganz deutlich, dass wir eine gute Grundlage haben für eine stabile Rente in der Zukunft.

May: Das heißt, all die Klagen über den absehbaren Arbeitskräftemangel, daran glauben Sie nicht? Oder wie soll ich das verstehen?

Esken: Durchaus glaube ich an die Sorge für den künftigen Arbeitskräftemangel. Deswegen spreche ich ja davon, wir müssen dafür sorgen, dass mehr Frauen in Vollzeit arbeiten können. Wir müssen die familiäre Infrastruktur, die Bildung und Betreuung so stärken, dass sie das auch tun können, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben. Und wir müssen dafür sorgen, dass wir in den Berufen, in denen wir einen hohen Mangel haben, auch Zuwanderung bekommen. Deswegen hat diese Regierung ja auch ein Zuwanderungsgesetz beschlossen, das diese Zuwanderung erleichtern soll, das die bürokratischen Hürden abbaut, das zur Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen einen Beitrag leistet und dass es leichter wird für die Unternehmen, auch Beschäftigte aus dem Ausland anzuwerben. Das sind auch Beitragszahler.

May: Zuwanderung ist ein gutes Stichwort. Die Vorsitzende der Wirtschaftsweisen, Monika Schnitzer, hat die Zahlen genannt. Wenn wir nichts machen, brauchen wir, nur um unseren Lebensstandard überhaupt halten zu können, eine Nettozuwanderung von 400.000 Menschen pro Jahr. Die Zahl ist, glaube ich, relativ unstrittig. Allein dass sie die Zahl genannt hat, dafür wurde Frau Schnitzer damals geteert und gefedert von der Boulevard-Presse. Mal abgesehen von der Frage, wie attraktiv wir für Fachkräfte im Vergleich beispielsweise zu Kanada sind, wo man Englisch spricht, glauben Sie, wir als Gesellschaft verkraften das, eine Nettozuwanderung von 400.000 pro Jahr?

Esken: Das ist eine Frage dessen, wie wir es organisieren und wie wir dafür sorgen, dass da auch ein guter Ausgleich entsteht, dass eine gute Stimmung in der Gesellschaft entsteht für Zuwanderung, für Menschen, die unser Land bereichern, die hier mit anpacken, damit der

Laden läuft. Wir sind Zuwanderungs-, Einwanderungsland seit vielen Jahren. Die sogenannten Gastarbeiter der 60er- und 70er-Jahre haben unser Land mit aufgebaut und haben einen starken Beitrag geleistet. Diese Leistung hochzuhalten und gemeinsam dafür zu sorgen, dass in unserer Gesellschaft eine positive Stimmung zur Migration entsteht, das ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe.

May: Frau Esken, eine Frage habe ich noch. Die Rentenwelle kommt nicht überraschend. Warum machen Sie sich nicht ehrlich und sagen, die Lebenserwartung steigt, die Menschen sind definitiv länger fit als früher, wir können so viele Rentner unmöglich so lange finanzieren, deswegen setzen wir die Lebensarbeitszeit erst einmal für alle hoch und schauen dann von dort, zum Beispiel indem wir Unternehmen verpflichten, adäquate Arbeitsplätze für Ältere zu schaffen? Das ist ja eigentlich Volkshochschule Sauerland, um Franz Müntefering, Ihren ehemaligen Vorgänger als SPD-Chef zu zitieren.

Esken: Das ist absolut richtig. Deswegen ist die Lebensarbeitszeit ja auch schon gestiegen, nicht das Regeleintrittsalter, das auch bis 67, steigt ja auch noch an, aber nur moderat, und da ist auch Schluss, wenn es nach der SPD geht, und derzeit geht es ganz offenkundig nach der SPD. Aber es ist auch das reale Eintrittsalter gestiegen, eben genau dadurch, dass die Wirtschaft erkannt hat, Leute vorzeitig in Rente zu schicken ist nicht eine kluge Idee, sondern wir schaffen solche altersgerechten Arbeitsplätze, wie Sie sie angesprochen haben. Klar müssen wir die Kompetenzen, die Fähigkeiten, den Beitrag auch der Älteren höher einschätzen, als wir das offenkundig früher als Gesellschaft getan haben, und dort eine längere Beschäftigung ermöglichen, aber das ist ja schon real der Fall. Die Menschen gehen schon später in Rente, als das früher der Fall gewesen ist, und zwar ganz überwiegend freiwillig und weil der Arbeitsmarkt das auch ermöglicht, und da müssen wir auch weiter dran bleiben.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.